

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dolinschek, Ursula Haubner
und Kollegen
betreffend Pensionserhöhung

eingebracht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag betreffend die Bekämpfung der fortschreitenden Verarmung der österreichischen Bevölkerung durch eine gerechte Pensions-
erhöhung und eine zeitgemäße Neugestaltung des Sozialstaates

Nach den derzeitigen Bestimmungen ist eine Pensionsanpassung von 1,7 Prozent bis zur halben Höchstbeitragsgrundlage von 1.965 Euro vorgesehen. Die enorme Verteuerung bei Lebensmitteln, ständig steigende Energie- und Wohnungskosten sowie hohe Gesundheitsausgaben belasten auch die österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten massiv. Der Seniorenrat fordert daher eine Pensionserhöhung von 2,1 Prozent. Die bisherigen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Seniorenvertretern haben aber noch zu keinem positiven Ergebnis für die österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten geführt hat.

Feststeht, dass aufgrund der Teuerungsrate eine außerordentliche Pensionsanpassung von 3 Prozent erforderlich ist. Bei 2,1 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten bedeutet diese Pensionserhöhung ein Plus von durchschnittlich 163 Euro pro Jahr. Damit würde nicht nur die Inflation ausgeglichen, sondern ein spürbares Pensionsplus verwirklicht. Aber auch für die rund 240.000 Mindestpensionisten in Österreich, die ca. 11,4 Prozent aller Pensionsbezieher ausmachen, muss eine verstärkte finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Deshalb ist eine Anhebung des Ausgleichzulagenrichtsatzes auf 750 Euro anzustreben.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehestmöglich Gesetzesentwürfe zuzuleiten, die für 2008 eine außerordentliche Pensionsanpassung um 3 Prozent bis zur halben Höchstbeitragsgrundlage von 1.965 Euro sowie die Anhebung des Ausgleichzulagenrichtsatzes auf 750 Euro vorsehen.“

Wien, 7. November 2007

Handwritten signatures of the undersigned members of the National Council, including Ursula Haubner and S. Dolinschek.